

BLICKPUNKTE

KASSEN- STURZ



FOTO: PLAINPICTURE/C. SCHMIDT

RENTE

■ Sind wir im Alter alle arm? Ist Riester gescheitert? Arbeiten wir bald bis zum Umfallen? Politiker schüren in der Rentenpolitik Ängste, malen zu schwarz und wecken teure Sehnsüchte. Zeit für nüchterne Zahlen und bessere Ideen.

Wer einen Beleg für die politische Chaostheorie gesucht hat, darf sich bei Horst Seehofer für die Beweisführung bedanken. Eigentlich waren es nur ein paar dahingesprochene Flattersätze, die der CSU-Chef in München formuliert hatte. Die Riester-Rente? Gescheitert, weg damit. Gesetzliche Altersvorsorge? Viel zu niedrig. Aber in Berlin, mehr als 500 Kilometer entfernt, lösten sie einen Sturm aus.

Einen, der bis heute anhält.

Sigmar Gabriel, der SPD-Vorsitzende, reagierte sofort: Rente, sagt er, sei eine „Geschichte von Würde und Anerkennung“. Was folgte, war verbale Aufrüstung: CDU/CSU und SPD brüten nun eifrig Rentenideen aus; die sozialdemokratische Bundesarbeitsministerin sieht sich gezwungen, ein eigenes Gesamtkonzept vorzulegen. Und der Deutsche Gewerkschaftsbund bereitet für den Sommer eine große Kampagne zum Thema vor.

Dies ist die eindrucksvolle Bilanz eines Flügel-schlags aus Bayern: Er kommt, der Wahlkampf um die Rente. Denn hinter ihr Gesagtes können weder Seehofer noch Gabriel zurück. Und nach dieser Ouvertüre spricht momentan nichts dafür, dass der Rentenwahlkampf 2017 anders ausfällt als der des Jahres 2013. Will heißen: mit milliardenteuren Versprechen, zukunftsvergesen und ohne Blick fürs Ganze. Warum nur?

Die Hoffnung

Heide Meyer kennt kein Ende

Was für ein graues, sperriges Wort eigentlich. Es klingt fast wie Bürokratieabbau, Kopfpause oder gar Steuererklärung: Generationenvertrag.

Heide Meyer sagt einfach nur: Was für ein Geschenk! Müsste man in einem einzigen Wort beschreiben, was Meyer nahezu jeden Tag, jede Woche, jeden Monat tut, mit Energie, Charme und einem bemerkenswert schnellen Mundwerk, man käme an diesem Buchstabenungetüm nicht vorbei: Diese Dame lebt ihren eigenen Generationenvertrag.

73 Jahre ist Heide Meyer alt. Wobei: „Alt“, sagt sie, „alt heißt ja nicht tot. Ich warte jedenfalls nicht einfach auf die schwarze Kiste.“ Andere in ihrem Alter machen Kreuzfahrten, lösen Kreuzworträtsel oder nehmen im Ohrensessel Platz. Nichts für sie. Wenn es einen Satz gibt, mit dem sie noch nie etwas anfangen konnte, dann mit diesem: Ich habe genug gearbeitet, jetzt wird entspannt.

Meyer, mit rot lackierten Fingernägeln, dezent Perlenkette, makelloser Frisur und eben-



solchem Make-up, füllt stattdessen ohne Schwierigkeiten eine halbe Stunde damit, all ihre Aufgaben und Projekte aufzuzählen.

„Sie unterbrechen mich, ja?“

Als Heide Meyer in den Sechzigern ihre Ausbildung beginnt, gibt es noch gar keine Einzelhandelskauffrau, sie lernt noch auf Kaufmann. 1972, da ist sie gerade Ende 20, macht sie sich mit einem Geschäft für Damenunterwäsche in Berlin-Wilmersdorf selbstständig. In ihren fast vier Jahrzehnten als Unternehmerin bildet sie in ihrem Laden mehr als 30 Azubis aus. Ein erfülltes Berufsleben. Aber eben nicht das Ende.

Momentan betreut sie einen jungen Griechen und einen Spanier bei deren Ausbildung in Deutschland. Sie hat schon Gründerinnen in Weißrussland beraten. An der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht begleitet sie ein Projekt zur Firmennachfolge. Für eine Stiftung arbeitet sie als Mentorin für Unternehmensgründerinnen. Und dann wäre da noch dieses Patent für Onlineeinkäufe, das sie mit einem Bekannten aus ihrem Ruderclub entwickelt hat. Von ihm kam das Informatikwissen, von ihr das kaufmännische Know-how. „Der heimische Fernseher“, sagt sie, „sollte nun wirklich nicht der Mittelpunkt des Lebens sein.“

Heide Meyer ist eine Ausnahmeerscheinung. Wer jedoch glaubte, sie sei alleine, hat lange in keine Statistik mehr geschaut. Im Jahr 2000 gingen Frauen und Männer im Schnitt mit 62,3 Jahren in Rente, 2014 lag die Grenze bereits bei 64,1 Jahren. Zur Jahrtausendwende hatten von den damals 60- bis 64-Jährigen nur 20 Prozent einen Job. 15 Jahre später sind es deutlich mehr als doppelt so viele: 53 Prozent. Selbst unter den über 65-Jährigen steigt die Zahl derer, die arbeiten gehen, seit Jahren kontinuierlich. Deutschland erlebt ein stilles Senioren-Wirtschaftswunder.

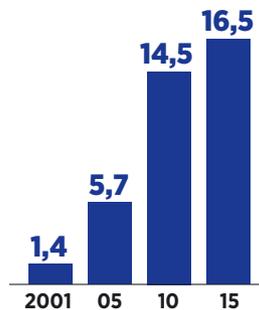
Ein Jahr bevor Meyer ihr Geschäft im Alter von 67 Jahren verkaufte, begann sie damit, einen Merkzettel anzulegen. Sie notierte darauf alle Ideen für die Zukunft, die absurden ebenso wie die ernstesten. Sie wollte weiter ihre Erfahrungen vermitteln, das war das eine. Aber es gehörten auch Reisen dazu, im Krankenhaus Essen austeilen oder sich als Statistin für eine Fernsehserie bewerben. „Diesen Zettel“, sagt sie und lacht, „schaffe ich gar nicht mehr bis zum Lebensende.“

Und was macht die Politik? Verbreitet wahlweise Angst oder falsche Hoffnungen. Tut so, als seien 53-jährige Dachdecker mit chronischem Bandscheibenleiden die Regel, nicht die Ausnahme. Stürzt sich in einen Überbietungswettkampf um die vermeintlich populärste, weil üppigste Rente. Gerne garniert mit der Warnung, die Rentenkasse stünde kurz vor dem Ruin und massenhafte Altersarmut vor der Tür. Dabei gelten gerade einmal drei Prozent der Rentner heute als arm. Widersprüche und Halbwahrheiten, wohin man blickt.

In der Rente ist eben alles anders. Nirgendwo wird mit düsterer Zukunft so sehr die Gegenwart gesteuert. Das ist auch der Grund, warum nun alle das Rentenniveau umkreisen wie einen Fetisch. Obwohl dieses gesetzliche Rentenniveau erst einmal nur eine abschreckende, sozial-mathematische Kennziffer ist: Sie zeigt an, welcher

Die Ernüchterung

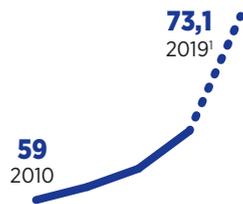
Entwicklung der Riester-Verträge (in Mio.)



Quelle: BMAS

Der Anstieg

Allgemeiner Bundeszuschuss zur Rentenversicherung (in Mrd. Euro)



¹Prognose; Quelle: Bundesfinanzministerium

Der Boom

Beschäftigte über 65 Jahre, in Tausend



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Anteil seines Arbeitseinkommens dem Otto-Normal-Rentner zusteht, wenn er 45 Jahre lang genauso viel verdient und eingezahlt hat wie der Durchschnittsdeutsche. Diese Zahl sinkt dank der komplizierten Mechanik der Rentenformel.

Was, wenn Berlin tatsächlich das Versprechen einlösen würde, das wieder umzukehren?

Die Rechnung

Reinhold Schnabel fragt, wer das bezahlen soll

Psychologisieren, nein, ist nun wirklich nicht sein Fach. Reinhold Schnabel ist Wirtschaftswissenschaftler, da hält er sich an Zahlen, die nicht lügen, statt an Menschen, die fühlen. Beruflich, versteht sich. Aber was die Politiker in der Hauptstadt gerade treiben, das lässt ihn in seinem Essener Universitätsbüro dann doch nicht einfach kalt. Mit jeder Meldung, die aus den Nachrichten in den vergangenen Wochen zu ihm hereinschwappte, wunderte Schnabel sich zunächst nur ein bisschen mehr. Dann kam irgendwann der Ärger: „Alle reden die Rente schlecht – warum nur?“ Politiker wie Sigmar Gabriel oder Horst Seehofer, die ein stabiles Rentenniveau in die Schaufenster stellen, wecken eine Sehnsucht, die sie nie stillen können – jedenfalls nicht zu vertretbaren Kosten. Schnabel weiß das nur zu gut. Er braucht für diese Erkenntnis nur seinen Computer mit einigen Zahlenkolonnen zu füttern und seine Programme arbeiten zu lassen.

Schnabel machte den Realitätscheck. Der Ökonomieprofessor prüfte, was es kosten würde, das Rentenniveau stabil auf dem Wert des Jahres 2016 zu halten, bei 47,7 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens also. Was dabei an Summen herauskam, war bemerkenswert – bemerkenswert hoch. Denn Schnabel rechnete anders als viele Institute und Kollegen sonst: Er unterstellte, dass der Beitragssatz in den gesetzlich fixierten Grenzen bleibt, also in den kommenden 15 Jahren nicht über 22 Prozent des Gehaltes steigen darf. Das Resultat: Um das Stabilitätsversprechen zu erfüllen, müsste der allgemeine Bundeszuschuss aus Steuern an die Rentenkasse bis 2030 von heute 64 Milliarden Euro auf dann 136 Milliarden mehr als verdoppelt werden. Wohlgemerkt: pro Jahr.

Um die Leistungen von gestern zu honorieren, müsste man die Zukunft streichen. Statt jedes fünften Euro wie heute würde dann künftig fast jeder dritte Euro aus dem Bundesetat in die Rentenkasse umgeleitet werden. Es wären Unsummen, die nicht mehr in Lehrer, neue Straßen oder bessere Internetversorgung investiert werden könnten. Es sei denn, die Steuern gingen rauf. Auch das hat Schnabel konkret für die Einkommensteuer berechnet – und kommt auf absurde Zahlen: „Selbst eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 80 Prozent reicht nicht aus“, um so ein Geschenk zu bezahlen, heißt es in seinem Papier.

„Ein Maximum an finanziellem Einsatz“, lautet die Bilanz des Wissenschaftlers, „würde gerade dort minimal helfen, wo noch am ehesten Bedarf herrscht: bei den kleinen Einkommen. Das ist sinnlose Gieß-

kannpolitik.“ Denn genauso wirkt ein stabiles Rentenniveau: Jeder kriegt etwas ab, auch die ohnehin schon gut Versorgten.

Der Populismus hat mitten in der großen Koalition seine neue Heimat gefunden. Dabei hatte die rot-grüne Koalition Anfang der Zweitausenderjahre längst einen Konsens gefunden, das ganze System nachhaltiger zu machen: Um die gesetzliche Rente bezahlbar zu halten, sollte das Niveau der Absicherung stetig, aber langsam sinken. Alle sollten länger arbeiten, mehr privat vorsorgen, Risiken verteilt werden.

Doch gerade was die private Absicherung angeht, ist Ernüchterung eingetreten: Rund 16,5 Millionen Deutsche haben zwar Riester-Verträge abgeschlossen. Das ist allerdings kaum die Hälfte aller Riester-Berechtigten. Und nur die Wenigsten bekommen den vollen staatlichen Zuschuss, der die Sache besonders attraktiv macht – weil sie zu wenig einbezahlen.

Ein Fünftel hat das Zahlen von Beiträgen ganz eingestellt, aus mangelnden Möglichkeiten oder aus Frust über Abzocke. Die Nullzinsdepression tut ihr Übriges, viele Verträge versprechen nicht, was sie halten. Nicht viel besser sieht es bei der betrieblichen Altersversorgung aus. 17,8 Millionen Anwartschaften zählt die Statistik. Immerhin. Dennoch haben vier von zehn Angestellten in Deutschland keine betriebliche Absicherung neben der Rente. Je kleiner die Unternehmen, desto mehr scheuen den bürokratischen Aufwand für ihre Mitarbeiter – oder haben Angst davor, für Betriebsrenten noch Jahrzehnte später in Haftung genommen zu werden. Die Frage drängt sich also auf: Ist private Vorsorge eine Idee von gestern?

Der Rat

Ulf Niklas appelliert an die Vernunft

Ulf Niklas empfängt Menschen, die bereit sind 130 Euro pro Stunde für Dienste zu bezahlen, die offenbar selten geworden sind: Ehrlichkeit und Unabhängigkeit. Dort, wo er früher einmal gearbeitet hat, sind diese Werte verloren gegangen, findet er. Niklas war Bankberater, bis vor zehn Jahren, bis sein Job genau das eben nicht mehr war: Beratung. Stattdessen hatte der Verkaufsdruck die Herrschaft übernommen, es regierte provisionsgetriebener Hochleistungsvertrieb: Es galt, zu verkaufen, irgendwas, immer wieder.

Vorbei. Niklas machte sich als Honorarberater selbstständig. Sein typischer Kunde heute ist Ende 20, Anfang 30 und startet gerade im Beruf durch. Leistungsbewusste und kritische Leute seien das, erzählt er, die meistens bereits schlechte Erfahrungen bei Banken hinter sich haben. So finden sie zu ihm. Etwas hätten fast alle gemeinsam, das erstaunt Niklas immer wieder: „Jeder glaubt an die gesetzliche Rente.“

Nicht so sehr daran, dass sie üppig ausfällt, so viel Realismus ist vorhanden. Aber dass sie kommt, verlässlich, als solide Basis für alles Weitere, diese Erwartung ist doch sehr verbreitet. Niklas wird zurate gezogen, damit dieses Weitere möglichst üppig ausfällt. „Die Jungen müssen etwas für einen gut ausfinanzierten



Heide Meyer

Ruhestand? Für die Berliner Unternehmerin eine fürchterliche Vorstellung. Arbeiten ist schließlich keine Qual, sondern ein Geschenk

Lebensabend tun, die gesetzliche Rente allein reicht dafür nicht“, sagt er. „Aber die wollen auch was tun.“ Der unabhängige Berater kann deshalb überhaupt nicht verstehen, warum Politiker nichts Schlechteres zu tun haben, als die private Altersvorsorge öffentlich zu begraben. Hat Seehofer also unrecht, wenn er sagt, Riester sei gescheitert, Herr Niklas? „Mein Blick auf Riester ist grundsätzlich positiv.“ Haben daran nicht nur Banken und Versicherungen verdient? „Die Kritik an undurchschaubaren Verträgen und horrenden Provisionen war vielfach berechtigt“, antwortet er, „aber das ändert nichts an der Wahrheit: Man muss auf mehrere Pferde setzen.“ Das könne jeder mittlerweile ohne lästige Provisionen. „Zur ergänzenden privaten Vorsorge gibt es jedenfalls keine Alternative.“ Bei knapp der Hälfte der Deutschen ist diese wichtige Botschaft aber gar nicht angekommen. Oder sie haben ihre guten Absichten wieder vergessen. So bleibt ein Problem: Wer gut verdient und eine passable Rente zu erwarten hat, sorgt meist noch zusätzlich vor. Wer hingegen wenig Einkommen hat, tut auch wenig. Wer da hat, dem wird gegeben – das Matthäus-Prinzip prägt die Altersvorsorge besonders heftig.

Vielleicht hat das auch etwas damit zu tun, dass die gesetzliche Rente ein Etikettenschwindel ist. Versicherung, das klingt nach individuellem Anspruch. Aber eigentlich



handelt es sich um eine Wette auf die gesellschaftliche Produktivität von morgen. Die Rentenkasse ist nicht der Sparstrumpf der Nation, für den ihn viele halten, nicht das Säckel, in dem die Milliarden für den Lebensabend brav gehortet werden. Die arbeitende Generation finanziert die, die im Ruhestand ist. In der Hoffnung, dass deren Kinder es einst genauso schaffen werden. Anders gesagt: Die Rente lebt von der Hand in den Mund.

Diese Umlage wäre schon heute ein ziemlich dürres Gestell, würde es nicht an allen Enden durch Steuermilliarden gestützt. Etwas mehr als eine Viertelbillion Euro wird jedes Jahr umgewälzt, ein gutes Drittel davon sind bereits Steuern. Besserung ist nicht Sicht: Derzeit kommen auf einen Rentner noch drei arbeitsfähige Erwachsene, die das System schultern. 2030 werden es nur noch zwei sein. 2050 sogar noch weniger. Trockene Demografie, einerseits. Andererseits: das ultimative Warnsignal. Allein diese Wahrheit müsste jeden dazu bringen, neben der kollektiven Absicherung eine zweite aufzubauen. Aber – wenn die Versorgung über den Arbeitgeber ausfällt oder Riester so unbeliebt bleibt – was für eine?

Die Idee

Thomas Schäfer macht einen Vorschlag

Am Nikolaustag 2015 feilen drei Männer an einer kleinen Revolution. Einer schwarz-grünen Revolution.

Reinhold Schnabel

Die Zahlen des Ökonomen belegen es: In der Rentenpolitik wird sehr viel versprochen, aber gehalten werden kann das Wenigste – weil es zu teuer ist



Hessens Finanzminister Thomas Schäfer (CDU), Sozialminister Stefan Grüttner und der grüne Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir sitzen beisammen und brüten über den Formulierungen eines Papiers. Sie beraten, verwerfen, zurren Passagen fest. Immerhin, eine griffige Überschrift hat das Trio schon: Deutschland-Rente. Eine Idee von Schäfers Pressesprecher.

Gut zwei Wochen später, kurz vor Weihnachten, lancieren die drei ihren Vorschlag an die Öffentlichkeit: Die Deutschland-Rente mixt Ideen aus dem Ausland mit einem Schuss Verhaltensökonomie. Im Kern basiert sie auf einem neuen Investmentfonds, der vom Staat eingesetzt und rechtlich geschützt, aber statt von Beamten von Profis verwaltet werden soll. Im Gegensatz zu den bestehenden privaten Alternativen sollen die Gelder der Anleger nur zum Selbstkostenpreis verwaltet werden, sie müssen keinen Profit mehr für Versicherungskonzerne abwerfen oder noch Provisionen füttern. Eine Art Anti-Riester, sozusagen. Mindestens ebenso wichtig – und besonders umstritten: Die Deutschland-Rente dreht die bestehenden Vorsorgeverhältnisse um. Schäfer und seinen hessischen Kollegen schwebt etwas vor, das sie „sanfter Zwang“ nennen: Jeder Angestellte würde künftig automatisch in diese neue Vorsorge einzahlen, wenn er dem nicht explizit widerspricht. Und: Der Fonds wäre auch offen für Beamte und Selbstständige.

„Das war noch nicht der Stein der Weisen“, sagt Schäfer heute, „aber ich sehe, dass wir eine fruchtbare Diskussion begonnen haben.“ Der Initiator ist zufrieden. Schäfer glaubt, wesentliche Probleme adressieren zu können: Die mangelnde Verbreitung privater Vorsorge würde endlich besser werden, weil man künftig etwas tun muss, um nichts zu tun; die Stimmung gegen Riester dürfte in den Hintergrund rücken, weil das Geld nur für die Einzahler arbeitet; der Widerstand der Deutschen gegenüber chancenreicher Aktienanlage könnte kuriert werden, weil dem Erfinder-Trio ein Fonds vorschwebt, der sehr wohl ins Risiko gehen kann, gerade am Anfang der Investments. „Norwegen, Großbritannien, sogar Neuseeland – alles Länder, die mit Fonds gute Erfahrungen machten und ordentliche Renditen erzielen“, wirbt Schäfer.

Im Wochentakt gehen jetzt Vertreter von Banken, Versicherern und privaten Fondsanbietern in seinem Wiesbadener Ministerbüro ein und aus. So manche Aufregung sei unnötig, meint Schäfer: „Unser Vorschlag würde jeden Bürger endlich dazu bringen, sich mit seiner Altersabsicherung zu beschäftigen.“ Seine Botschaft an die Finanzbranche: Seht es als Chance. Nehmt den Wettbewerb an.

Vielleicht schafft es der schwarz-grüne Vorstoß ins Programm der Union für die kommende Bundestagswahl. Es wäre endlich ein Vorschlag, der es lohnte, weiter diskutiert zu werden. Schließlich bleiben gerade noch gut zehn Jahre, bis die ersten Babyboomer dem Berufsleben den Rücken kehren. Spätestens in 15 Jahren wird aus einer ganzen Generation meist gut verdienender Leistungsträger eine riesige Zahl an Leistungsempfängern



geworden sein. Die letzte Frist läuft, bis Politik zulasten der älteren Generation nahezu unmöglich werden dürfte. Weil sie dann nichts anderes bedeutete als politischen Selbstmord. Es wird also höchste Zeit für kluge Weichenstellungen.

Die Reformen

Axel Börsch-Supan hätte da ein paar Vorschläge

Um den Mann ans Telefon zu bekommen, muss man flexibel sein. Gerade erst war Axel Börsch-Supan eine Woche in Los Angeles, dann in München, und nun ist er schon wieder zurück in Amerika, diesmal an der Ostküste, in Cambridge an der Harvard University. „Busy day so far“, mailt er schnell sechs Zeitzonen entfernt über den Atlantik, noch etwas Geduld, bitte, er wolle kurz ein paar wichtige Notizen machen. Dann ist er bereit.

Börsch-Supan ist einer der führenden Demografie-Forscher des Landes, international dekoriert und vernetzt. Er hat die Weltbank beraten, mehrere Bundeswirtschaftsminister, die EU-Kommission. Eine besondere Geschichte verbindet ihn mit der deutschen Rentenversicherung. Der Nachhaltigkeitsfaktor der Rentenformel sorgt dafür, dass sich das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern automatisch auf die

Axel Börsch-Supan

Kaum jemand kennt die Kennziffern der alternden Gesellschaft so gut wie er. Das macht den Professor nüchtern und pragmatisch



Höhe der Altersbezüge niederschlägt. Der Faktor-Erfinder ist: Börsch-Supan.

Der 61-Jährige hat die Rente mit 67 verteidigt und die bisherigen Reformen der regierenden großen Koalition gescholten. Er mischt sich ein, wenn er glaubt, dass Unsinn passiert. Wie er denn die neue Debatte findet, die gerade in Deutschland läuft? „Überflüssig wie ein Kropf“, antwortet Börsch-Supan. „Das deutsche Rentensystem ist stabil, Politiker sollten es endlich einmal in Ruhe lassen.“

Das Renteneintrittsalter, zum Beispiel. Er hätte da einen Vorschlag, wie man der Politik diese blutdruckhochdrucklastige Debatte ein für alle Mal entziehen könnte. Eine Zwei-plus-eins-Regel würde die viel diskutierte Pensionsschwelle mit der Lebenszeit verknüpfen. Einfach gesagt: Wenn die statistische Lebenserwartung in Zukunft um drei Jahre steigt (was etwa alle drei Jahrzehnte der Fall ist), greift ein Ruhestands-Automatismus. Zwei Jahre müsste länger gearbeitet werden, um ein Jahr zusätzliche Rente zu finanzieren. Würde diese Supan-Regel Wirklichkeit, die Rente mit 69 käme. Aber dann wohl frühestens 2055. Überhaupt müsse man dringend mit einigen populären Lügen aufräumen. „Altersarmut“, sagt Börsch-Supan, „entsteht nicht vorrangig durch ein sinkendes Rentenniveau. Sie entsteht vor allem, wenn nicht lange genug eingezahlt werden konnte.“

„Das Herumdoktern an der allgemeinen Rentenformel muss ein Ende haben“, lautet deshalb eine Forderung Börsch-Supans. Stattdessen sollten die verantwortlichen Politiker sich ganz auf die Problemfälle konzentrieren: „Nötig sind eine bessere Gesundheitsvorsorge, Präventionsoffensiven und Umschulungsangebote gerade für die über 50-Jährigen.“

Das ist seine lange Sicht: Dafür zu sorgen, dass so viele Menschen wie nötig so lange arbeiten können wie nötig. Anders wird es nicht gehen. In den Siebzigerjahren hatte ein 65-jähriger Mann nun einmal noch etwa elf Jahre zu leben. Heute sind dem durchschnittlichen Rentner sechs weitere Jahre geschenkt. Bei den Frauen sind aus 13 Jahren Rente schon mehr als 21 Jahre geworden. Ein wundervoller Sieg der Medizin. Verbunden mit der nüchternen Wahrheit: Das Glück des langen Lebensabends finanziert sich nicht von selbst.

Zur akuten Armutsbekämpfung schlägt Börsch-Supan einen anderen Weg vor: „Man sollte Klein- und Riester-Renten nicht auf die Grundsicherung anrechnen sowie Hinzuverdienste erleichtern.“ Und darüber nachdenken, ob Hartz IV im Alter bei den Sozialämtern beantragt werden muss. Denn das sei ein Gang, den viele Senioren mit kleinen Renten als entwürdigend empfinden. Warum das also nicht ändern?

Gesunder Menschenverstand, pragmatisch denken, meint Börsch-Supan, viel mehr bräuchte es gar nicht. Eigentlich. So weit ist es also gekommen mit der deutschen Rente: dass Selbstverständlichkeiten kleine Sensationen sind. ■

max.haerder@wiwo.de | Berlin